

D-01 Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen
- 2 haben auf
- 3 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und
- 4 über 240
- 5 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste.
- 6 Wir stehen
- 7 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir
- 8 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen
- 9 schweren
- 10 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt und Hinterbliebene betreut haben.
- 11 Wenn heute,
- 12 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust,
- 13 Jüdinnen und
- 14 Juden in Israel aufs Neue um ihr Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss
- 15 Deutschland seine ungeteilte und unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung
- 16 für
- 17 Israel und seine Bürger*innen deutlich machen. Israels Sicherheit ist Teil der
- 18 deutschen
- 19 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns.
- 20 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen
- 21 Verantwortung.
- 22 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden,
- 23 nachdem
- 24 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden
- 25 systematisch
- 26 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren
- 27 Hafen für
- 28 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso
- 29 unverhandelbar wie
- 30 die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- 31 Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen diese
- 32 Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- 33 Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den
- 34 Terrorangriffen vom
- 35 7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem
- 36 Krieg
- 37 leidet die palästinensische Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist*innen,
- 38 darunter auch zahlreiche Journalist*innen wie auch Mitarbeiter*innen der UN,
- 39 umgekommen –

24 dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen.

25 Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und
26 versteckt
27 ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht
28 aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas
29 verschleppten
30 Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und
31 anderer
32 extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.

33 In Gaza, wo das Leben bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und
34 Perspektivlosigkeit
35 geprägt war, ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an
36 allem, was
37 es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Viele
38 sind auf
39 der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen,
40 die
41 ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.

42 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza
43 erhöht hat.
44 Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den
45 notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären
46 Zugang. Dafür
47 sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.

48 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf
49 diesen Krieg
50 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und
51 das
52 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die
53 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten
54 Verbündeten
55 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir
56 uns
57 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement, das auch eine
58 Grundlage für
59 unsere Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden
60 und der
61 arabischen Welt ist.

62 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit
63 Israels
64 auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem
65 Wege
66 geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage
67 der
68 Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer
69 und
70 lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.
71 Mit

52 der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie
53 den Frieden
54 mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Wir werden
55 unseren
56 Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu
57 gehört auch
58 eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die
59 Palästinensische
60 Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt
61 gegen
62 Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir begrüßen die
63 Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen
64 erneuten
65 Friedensprozess einzusetzen.

66 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen
67 regionalen
68 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung
69 bekommen
70 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die
71 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch
72 deswegen
73 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur
74 der
75 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung,
76 auf die
77 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

78 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
79 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in
80 Deutschland
81 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der
82 sich auf
83 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und
84 Juden oder
85 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht
86 sich
87 durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein importiertes
88 Phänomen.

89 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in
90 Deutschland,
91 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in
92 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu
93 machen.

94 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer
95 auch
96 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die
97 Menschlichkeit. Dazu
98 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und
99 gefeiert
100 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur

Gewalt

80 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.
81 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische
82 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.
Deshalb ist es
83 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder
verherrlichen,
84 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres
Rechtsstaats
85 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach
durch
86 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der
87 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen
88 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte
Konsequenzen für die
89 Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der
Aufenthaltserlaubnis.
90 Diese Möglichkeit besteht längst.
91 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den
Antisemitismus
92 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft
reichen
93 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus
jeglicher
94 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter.
Zu
95 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der
Lehren der
96 Shoah sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler
97 Bestandteil von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die
Shoah
98 kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt.
99 Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen
100 Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände
und
101 Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.
102 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und
103 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslimen nicht. In Deutschland
leben
104 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen
Verbindungen in die
105 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in
Gaza und der
106 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen
wir.
107 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben
108 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben

für alle
109 ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, des
Friedens und
110 gegen Hass und Terror.

Begründung der Dringlichkeit

Das volle Ausmaß der Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober kam erst nach und nach ans Licht. Der daraus folgende Krieg wurde in den Tagen danach deutlich, vor allem mit dem Start der israelischen Bodenoffensive gegen Ende Oktober. Die Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Deutschland wurden im Laufe des Oktobers deutlich, insbesondere mit den Übergriffen bei Demonstrationen und dem Anschlag auf jüdische Einrichtungen in der Woche vom 16. Oktober. Damit ergibt sich eine neue Lage in Nahost sowie Deutschland, und damit eine besondere Dringlichkeit für unsere Reaktion darauf.

Begründung

mündlich